

StaVo

Aktuell

Ausgabe 5 | 2018

V.i.S.d.P.: Michael Siebel, SPD Fraktion Darmstadt, Wilhelminenstr. 7a, 64283 Darmstadt
Umsetzung: Torsten Friedrich Kommunikation, Wilhelminenstr. 7a, 64283 Darmstadt
Bildquelle, sofern nicht anders vermerkt: Pixabay.com

D/ARMSTADT
FRAKTION

SPD



Foto: Michael Siebel

Auf ein Wort vorweg: ... und manchmal geht es doch! Liebe Genossinnen und Genossen,

die erste Stadtverordnetenversammlung nach der Sommerpause hatte Seltenheitswert, durften wir doch erleben, dass von der üblichen Routine, Oppositionsanträge abzulehnen, mal abgerückt wurde. Gleich zweimal wurden unsere Änderungsanträge angenommen, sogar einstimmig.

In dem einen Fall ging es um die Errichtung eines Mahnmals zum Gedenken an die Vernichtung der jüdischen Gemeinde in Liepaja auf Antrag der Regierungskoalition. Unsere kulturpolitische Sprecherin und stellvertretende Fraktionssprecherin, Dagmar Metzger, hatte hierzu einen Ergänzungsantrag ausgearbeitet. Es sollte nicht wieder so lange dauern, wie bei dem Mahnmal für Opfer des §175 StGB. Das hat nämlich, zwei Jahre, nachdem es beschlossen wurde, noch nicht mal auf dem Papier Form angenommen.

In dem zweiten Fall ging es um eine Verbesserung des Flug-

lärmschutzgesetzes. Die Vorlage nannte eine ganze Reihe an Forderungen, für die sich der Magistrat bei den verantwortlichen Stellen einsetzen soll. Zugegeben: die Liste las sich gut. Doch das ließ sich noch steigern. Moritz Röder, unser stellvertretender Fraktionssprecher und Wixhäuser Ortsvorsteher, hatte mit seinem Ortsbeirat weitere Forderungen formuliert. Während der Parlamentssitzung stimmte er sich mit den anderen Fraktionen ab, es gab winzige, redaktionelle Änderungen, dann ging auch dieser Änderungsantrag einstimmig durch.

In einem dritten Fall hatte sich eine Abstimmung erübrigt, weil die grün-schwarze Stadtregierung bereits gehandelt hatte: Tim Huß, unser verkehrspolitischer Sprecher, hatte in einem Dringlichkeitsantrag gefordert, die Alnatura-Baustelle in der Eschollbrücker Straße als Gefahrenstelle zu kenn-

zeichnen und zu entschärfen. Tags darauf war es geschehen. Wir meinen: Dieser Punkt geht an Tim. Was sonst noch in der Stadtverordnetenversammlung passierte, erfahrt Ihr auf den folgenden Seiten. Viel Spaß beim Lesen unserer neuen „StaVo aktuell“.

Euer

Michael Siebel
Fraktionssprecher



Radentscheid

Michael Siebel: Nicht überraschend, bestenfalls kurios

SPD-Fraktion forderte jährlich 6 Millionen für Radverkehr



Foto: Tina Fischer

„Nein“ zur Zulässigkeit, „Ja“ zu den Zielen des Radentscheids, sagten die Kommunalpolitiker im Stadtparlament. Sie lehnten daher ein Bürgerbegehren ab, beschlossen jedoch ein Investitionsprogramm für Radverkehrsförderung in Höhe von 16 Millionen Euro. „Zu wenig“, befand die SPD-Fraktion. Sie forderte die Summe, die von den städtischen Fachämtern errechnet wurde, also 24 Millionen – und scheiterte an der grün-schwarzen Mehrheit.

Zur Erinnerung: 2,6 Millionen war die Summe, die die „Initiative Radentscheid“ selbst veranschlagt hatte, um die von ihr geforderten Maßnahmen zu realisieren. Bis zur Stadtverordnetenversammlung im Juni lag hierzu noch keine Berechnung der städtischen Fachleute vor. Daher forderte die SPD-Fraktion damals ein „Son-

derprogramm Radverkehr“ in Höhe von drei Millionen Euro. Basis war die Kalkulation der Initiative, zuzüglich eines Risikozuschlags. Die Regierungskoalition hatte dies mit ihrer Mehrheit im Stadtparlament abgelehnt. „Das war nicht überraschend, bestenfalls kurios. Nicht überraschend, weil die grün-schwarze Mehrheit seit zwei Jahren die von uns geforderte Verdopplung des Radwegeetats verhindert, kurios, weil sie einst die Verkehrswende ausgerufen hatte“, meinte Siebel.

Nun hatte der Magistrat eine Vorlage erarbeitet, nach der vier Jahre lang jeweils 4 Millionen in die Radverkehrsförderung fließen sollen. Was war seit Juni passiert? Die städtischen Fachämter hatten mittlerweile errechnet, dass die Forderungen der Initiative jährlich

5,5 Millionen kosten würden. Siebel: „Wir sind der Auffassung, dass dann auch tatsächlich diese Summe im Haushalt eingestellt werden sollte, also mit Kostensteigerungen 6 Millionen. Deshalb halten wir es für richtig, dass in den nächsten vier Jahren jeweils 6 Millionen zur Verfügung gestellt werden.“ Grün-Schwarz hält es offenbar nicht für richtig und gesteht gerade mal 4 Millionen jährlich zu. „Gönnerhaft sieht anders aus, und ein echtes Bekenntnis zum Radverkehr ebenso“, kritisierte Siebel.





Für den SPD-Fraktionssprecher ist die „Initiative Radentscheid“ Ausdruck des schlechten Radewegenetzes in Darmstadt. „In den vergangenen Jahren wurde gestückwerkelt. Nun hat sich dieser Unmut entladen in der Initiative Radentscheid.“ Wie Siebel ausführte, benennt die Initiative sieben konkrete Ziele, „die auch auf den zweiten Blick Sinn machen.“ Insgesamt gehe es um eine kontinuierliche Verbesserung der Radwegeverbindungen in Darmstadt. Die SPD-Fraktion teilt diese Forderungen. Sie teilt aber auch die Rechtsauffassung des Rechtsamts der Wissenschaftsstadt Darmstadt und des Hessischen Städtetages. Danach ist der Radentscheid zwar zulässig – es sind genügend Unterschriften vorhanden und auch die Frage ist korrekt gestellt – aber in seiner Begründetheit weist er Mängel auf. „Im Kern dreht es sich

ums Geld“, sagte Siebel. Denn zum Problem wurden die Kosten. Während die Initiative 2,6 Millionen jährlich veranschlagte, errechnete das städtische Straßenverkehrsamt eben gut das Doppelte.

Siebel: „Wenn die grün-schwarze Stadtregierung nun 4 Millionen jährlich bietet, so ist das nicht schlüssig.“ Andererseits freut es ihn, dass das Engagement der „Initiative Radentscheid“ immerhin zu einem Umdenken bei CDU und Grünen geführt hat, wenn auch nicht in der gebotenen Konsequenz. Doch die richtige Richtung sei immerhin eingeschlagen. (ms/tf)





Straßenbeiträge
Michael Siebel: Straßenbeiträge sind bürgerfeindlich hoch drei
SPD-Fraktion will Anliegerbeiträge in Darmstadt abschaffen – Land soll Straßensanierung zahlen



Foto: Tina Fischer

Foto: Moritz Röder

Für die Abschaffung der Straßenbeiträge tritt die Darmstädter SPD-Fraktion ein. Für die kommende Stadtverordnetenversammlung hat sie deshalb einen Antrag eingereicht, in dem sie fordert, die hiesige Straßenbeitragsatzung aufzuheben. Anstatt die Sanierung von Straßen, Wegen und Plätzen einigen wenigen Anwohnern in Rechnung zu stellen, sollte das Land Hessen hierfür zahlen - und damit letztlich die Allgemeinheit der Steuerzahler, schließlich stünden die Straßen auch die Allgemeinheit zur Verfügung und nicht bloß den Anwohnern.

Bei einigen liegt das Geld auf der Bank, bei anderen auf der Straße – direkt vor ihrem Haus. Was sich traumhaft anhört, ist oft der Alptraum vieler Anwohner. „Anliegerbeiträge“ heißt er in Darmstadt ganz schlicht, hat es aber gewaltig in sich: Wird die Straße vor ihrer Tür saniert, bittet die Stadt die Grundstückseigentümer hierfür zur Kasse. Dann werden auf einen Schlag mehrere

Tausend Euro fällig. Das können Summen in satter fünfstelliger Höhe sein. „Bürgerfeindlich hoch drei“, ist das für SPD-Fraktionschef Michael Siebel. Erstens ist es bürgerfeindlich, weil es einige Wenige für das zahlen lässt, was der Allgemeinheit zur Verfügung steht, wie Siebel ausführt. „Zweitens ist es bürgerfeindlich, weil es die Lebensrealität der Menschen ignoriert.“ Denn es sei Fakt, dass die wenigsten Menschen so vermögend seien, dass sie mit ihrem Geld auch noch die Straße pflastern könnten. Manch einen bringe das in existenzielle Bedrängnis. Schuld an diesem Missstand ist für Siebel die schwarz geführte Landesregierung.

Wie der SPD-Fraktionschef erläutert, hatte es das Land Hessen nämlich zum Gesetz gemacht, dass Kommunen wie Darmstadt, die ein Haushaltsdefizit haben, zwingend Straßenbeiträge von ihren Bürgern erheben müssen. „Die desast-

röse Finanzlage der Kommunen ist aber nicht selbstverschuldet, sondern vom Land gemacht“, sagt Siebel. „Zuerst wurde den Städten und Gemeinden in die Kasse gegriffen, dann wurde gesagt, sie sollen die dadurch entstandenen Haushaltslöcher von ihren Einwohnern stopfen lassen. Das Beispiel der Straßenbeiträge führt sehr deutlich vor Augen, wohin die notorisch kommunenfeindliche Politik der schwarz-grünen Landesregierung führt. Letztlich bluten nämlich die Bürger dafür. Und das ist der dritte Grund, aus dem die Straßenbeiträge bürgerfeindlich sind. Mit dieser Praxis muss endlich Schluss sein.“





Nach dem Gesetz könnte damit durchaus Schluss sein. Denn die Landesregierung hat Ende Mai das Hessische Kommunalabgabengesetz geändert. Aus dem „muss“ bei den Straßenbeiträgen ist ein „kann“ geworden. „Die Kommunen dürfen nun wählen, ob sie ihre Einwohner mit Straßenbeiträgen belasten wollen, oder nicht“, erläutert Siebel. Für ihn ist das jedoch keine Lösung, sondern Zynismus unter dem Deckmäntelchen der Gönnerhaftigkeit. „Es wird zwangsläufig dazu führen, dass reiche Kommunen ihre Bürger entlasten können, während arme Städte dazu verdammt sind, die bürgerfeindliche Praxis fortzuführen und weiterhin ihre Einwohner schröpfen müssen“, meint Siebel.

Deshalb kämpft die SPD im Landtag für die vollständige Abschaffung der Straßenbeiträge. Für die Einnahmeausfälle bei den Kommunen, nimmt sie das Land in

die Pflicht und fordert Sonderzuweisungen aus originären Landesmitteln. Diese müssen nach Ansicht der Sozialdemokraten deutlich über den Einnahmen der Kommunen aus Straßenbeiträgen liegen, um die Konnexitätsvorgaben zu erfüllen. Nach einer Berechnung des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport liegen diese Einnahmen bei insgesamt 39 Millionen Euro jährlich. Daher verlangt die SPD-Fraktion, im kommenden Jahr zum Ausgleich eine Investitionspauschale in Höhe von 60 Millionen Euro für Sonderzuweisungen zur Verfügung stellen, damit die Städte und Gemeinde ihre oftmals überfälligen Straßensanierungen dennoch durchführen können – aber eben nicht auf Kosten der Bürger, sondern auf Kosten des Landes.

„Da soll mir jetzt keiner sagen, dass Land könne sich diese Abkehr von der kommunen- und bürgerfeindlichen Politik

nicht leisten“, meint Siebel. Er rechnete es vor: „Aus Einsparungen im Vollzug des Haushalts 2019 kommen 30 Millionen, 30 Millionen kommen aus Mehreinnahmen bei den Steuern.“ Für Siebel eine sehr gute Investition. „Nur so können wir die Kostenlawine stoppen, die unsere Bürger zu erdrücken droht. Wohnen ist in Darmstadt ohnehin schon recht kostspielig. Die Abschaffung der Straßenbeiträge wäre für uns ein großer Gewinn. Es ist der einzige Weg, unsere Bürger wirklich zu entlasten und den Kommunen bei notwendigen Sanierungen zu helfen.“ (tf)





Ludwigsturm
Sabine Heilmann: Der lange Stillstand ist unverantwortlich
 Bessunger SPD-Stadtverordnete forderte zügige Sanierung des Ludwigsturms



Foto: Tina Fischer
 Foto: Torsten Friedrich

Es gibt Themen, die halten sich lange. Hierzu gehören etwa die längst überfälligen Reparaturarbeiten am Ludwigsturm. Schon vor fünf Jahren thematisierte die Bessunger SPD-Stadtverordnete Sabine Heilmann die Zustände in einer kleinen Anfrage. Jetzt nutzte sie erneut die Fragestunde in der Stadtverordnetenversammlung, um den Zeitpunkt der Sanierungsarbeiten zu erfragen. Denn an den Schäden tut sich was: sie schreiten fort.

„Der lange Stillstand bei der Sanierung von Dach und Terrasse des Ludwigsturms ist unverantwortlich“, kritisierte nun Heilmann. Wie sie ausführte, sicherte ihr die damaligen Baudezernentin 2013 zu, dass der Umfang des gesamten Sanierungsbedarfs in einem Gutachten ermittelt und finanzielle Mittel für die nötigen Reparaturarbeiten spätestens im Jahr 2014 bereitgestellt werden könnten. „Passiert ist seither aber nichts.“

Heilmann mahnte daher erneut dringenden Handlungsbedarf an. Zum Einen nagt der Zahn der Zeit zusehends am Ludwigsturm, wie sie ausführte. Zum Anderen ist die Ludwigshöhe Heilmann zufolge ein Besuchermagnet, bedingt durch das Sommerfest der BBL und den Internationalen Waldkunstpfad. „Nur Dank des ehrenamtlichen Engagements des BBL-Vereinsvorstandes konnte immerhin der Vorplatz mit 50.000 Euro Spendengeldern neu gestaltet werden konnte“, betonte die Bessunger Stadtverordnete. Wann also wird die Stadt endlich mit der Turmsanierung beginnen?

Oberbürgermeister Jochen Partsch antwortete, dass die Statik des Mauerwerks im Rahmen eines Sanierungskonzepts untersucht werde und die Sanierung im Jahr 2019 geplant sei. Die Nachfrage der Stadtverordneten

nach dem genauen Zeitpunkt und dem Umfang der gesamten Sanierungskosten für den städtischen Haushalt konnte der Oberbürgermeister nicht beantworten.

Heilmann: „Es ist sehr zu bedauern, wenn die Nutzung der Ludwigshöhe als Bessunger Hausberg weiterhin eingeschränkt ist. Außerdem hoffen wir darauf, dass sich die Stadt an ihre Zusage hält, in den Sommermonaten Kontrollen durchzuführen, um den zunehmenden Vandalismus und der Vermüllung auf unserem Hausberg Einhalt zu gebieten.“ (sh/tf)





Stadtwirtschaft

Michael Siebel: Diese Neuausrichtung macht Sinn
SPD-Fraktion stimmte dafür, Großprojekte von DSE begleiten zu lassen



Foto: Tina Fischer

Neustrukturierung der Stadtwirtschaft: Ausgewählte Bauprojekte, die bislang in den Händen von IDA lagen, werden nun von der Darmstädter Stadtentwicklungsgesellschaft (DSE) betreut. So haben es die Kommunalpolitiker beschlossen, auch mit den Stimmen der SPD-Fraktion. Für Michael Siebel ist es die richtige Weichenstellung für eine erfolgreiche Stadtpolitik, „die immer auf einer funktionierenden Stadtwirtschaft basiert“. Und die hat seiner Meinung nach mit einer GmbH bessere Chancen.

In seiner Rede erinnerte SPD-Fraktionssprecher Siebel daran, dass es in den vergangenen Jahren, gerade bei Großprojekten, immer wieder zu Verzögerungen und enormen Kostensteigerungen gekommen ist. „Es war unser Vorschlag, bei derartigen Vorhaben einen Kos-

tenpuffer einzubauen - aber trotzdem scheint es in der städtischen Verwaltungsstruktur schwierig zu sein, sich an Abläufe und Kostenrahmen zu halten, so, wie es notwendig wäre“, meinte er.

Künftig ist für derlei Großprojekte – etwa den Neubau der Heinrich-Hoffmann-Schule, das Berufsschulzentrum, das Nordbad, die Mathildenhöhe, aber auch für den Neubau der Mathildenhöhe – nicht mehr der Eigenbetrieb Immobilienmanagement (IDA) zuständig, sondern die DSE GmbH. „Diese Projekte sind fachlich sehr anspruchsvoll und müssen deshalb auch von Fachleuten bearbeitet werden“, sagte Siebel und ergänzte, „seien wir doch mal ehrlich: In einer städtischen GmbH sind wir auch in der Lage, für Fachleistungen Fachleute

zu angemessenen Gehältern arbeiten zu lassen. Das ist im Gefüge des TVÖD nicht möglich.“

Siebel verspricht sich von der Neustrukturierung zudem einen Gewinn für die Kommunalpolitiker. Wie er erläuterte, hat in der Organisationsform der GmbH nämlich nicht nur dessen Aufsichtsrat, sondern auch die Stadtverordnetenversammlung eine direkte Einflussnahme, wenn auch über den Magistrat. „Diese Neuausrichtung macht Sinn und wir unterstützen sie.“ (ms/tf)





Eigenbetrieb „Bürgerhäuser und Märkte“

Santi Umberti: Über Kernfrage im Parlament entscheiden

SPD-Fraktion stimmte Auflösung des Eigenbetriebs „Bürgerhäuser und Märkte“ zu



Foto: Tina Fischer

Als die SPD-Fraktion in den vergangenen Haushaltsberatungen forderte, den Fortbestand der Eigenbetriebe zu überprüfen, erntete sie noch unverständiges Kopfschütteln bei Grün-Schwarz. Jetzt war es eben jene grün-schwarz geführte Stadtregierung, die selbst vorschlug, den Eigenbetrieb „Bürgerhäuser und Märkte“ aufzulösen. Die Argumente waren die der SPD aus dem vergangenen Herbst. Die Fraktion stimmte daher zu.

Dass sich Eigenbetriebe mittlerweile überholt haben, dass die Gründe für ihre einstige Einführung nicht mehr gegeben sind, ist der SPD-Fraktion schon lange klar. Der Regierungskoalition leuchtete dies offenbar erst ein, nachdem es auch ihr Kämmerer aussprach. Der führte zudem die Kommunalaufsicht ins Feld. Sie monierte schon lange, dass die Darmstädter zu viele Eigenbetriebe hätten, vor allem zu viele kleine Eigenbetriebe. Ein wirtschaftliches, effizientes und kundenfreundliches Handeln verlangt aber mitunter andere Organisationsformen. Dies zeigt sich sehr klar am Beispiel des Eigenbetriebs Bürgerhäuser und Märkte, der nun mit großer Mehrheit aufgelöst wurde.

In Darmstadt gibt es sieben Veranstaltungsräume, die bislang von sechs unterschiedlichen Verwaltungseinheiten – die noch nicht einmal untereinander vernetzt sind – betreut wurden. Hierfür waren obendrein drei unterschiedliche Softwareprogramme im Einsatz. Aufgrund der mangelnden Vernetzung war für eine Stelle nicht einsehbar, wie die Buchungssituation bei den anderen Stellen aussieht. So gingen mitunter Kunden verloren. Dadurch, dass der Teil „Bürgerhäuser“ aus dem Eigenbetrieb nun bei der Centralstation Veranstaltungs-GmbH angesiedelt wird, bekommt der Bürger den Service zu den Veranstaltungsräumen aus einer Hand. Die Qualität wird also gesteigert, während gleichzeitig die Kosten gesenkt werden. Denn mit der Abschaffung des Eigenbetriebs entfällt auch dessen Betriebsleitung. Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Santi Umberti, regte zudem an, die Synergieeffekte durch zwei Maßnahmen noch zu steigern. Erstens könne es lohnen, bei Veranstaltungsräumen über die Stadtgrenzen hinaus zu blicken. „Wir

sollten die Region in einem Verbund sehen, nicht in einer GmbH, aber in der Verwaltung“, sagte er. Zweitens sei es zumindest Wert zu prüfen, ob diejenigen Bürgerhäuser, die derzeit von Dritten verwaltet werden, in die Geschäftsverwaltung der Centralstation integriert werden können. Ungeachtet dessen stellte sich für Umberti die Frage: „Warum digitalisieren wir nicht das Belegungsverfahren, wir sind doch Digitalstadt.“ Zudem forderte der der Wirtschaftspolitiker die Mitwirkung des Parlaments bei der Gestaltung der Miettarife. Umberti: „Bürgerhäuser und Raummieten sind ein hochsensibles Thema. Wir müssen einen Weg finden, wie wir als Stadtverordnete mitwirken und über diese Kernfrage hier im Parlament entscheiden können.“ (tf)





Holocaust
Dagmar Metzger: Das „ob“ steht nicht zur Frage, fraglich ist das „wie“
 Zusatz-Antrag der SPD-Fraktion wurde einstimmig angenommen



Foto: Tina Fischer

Zum Gedenken an die Vernichtung der jüdischen Gemeinde in der Partnerstadt Liepaja wird in Darmstadt ein Mahnmal errichtet. Dies hat das Parlament, auf Antrag der Regierungskoalition, in seltener Einstimmigkeit beschlossen. Um Professionalität zu gewährleisten, hatte die SPD-Fraktion hierzu einen Ergänzungs-Antrag eingebracht. Auch der wurde einstimmig angenommen, was noch größeren Seltenheitswert hat.

„Ob wir diesen Antrag unterstützen und ein Mahnmal errichten wollen, steht überhaupt nicht zur Frage. Fraglich ist aber das Wie“, sagte Dagmar Metzger, kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Sie erinnerte an das Mahnmal für alle Menschen, die während der Geltungsdauer des §175 StGB wegen ihrer sexuellen Orientierung kriminalisiert wurden. Das Parlament hat-

te die Errichtung im September 2016 beschlossen. Erst jetzt, im August, also nahezu zwei Jahre später, hat die Stadtregierung in der Tageszeitung dazu aufgerufen, Vorschläge für dieses Mahnmal einzureichen. „Das sollte schneller gehen“, meinte Metzger. Deshalb hatte sie für ihre Fraktion einen Ergänzungsantrag formuliert, der konkrete Arbeitsschritte formuliert und das Parlament einbindet.

So sollen die entsprechenden Ausschüsse in die weitere Entwicklung, Planung und Realisierung regelmäßig miteinbezogen werden. Ebenso sollen die endgültige Standortfrage sowie die Ausgestaltung des Mahnmals dem Stadtparlament zur Entscheidung vorgelegt werden. Für die konzeptionelle und künstlerische Gestaltung ist eine Arbeitsgruppe einzurichten, die die Aus-

schreibung und den Wettbewerb mit Künstlern begleitet. Hierbei sollen auch Künstler aus Liepaja berücksichtigt werden. Angehören sollen der Arbeitsgruppe unter anderem Vertreter der Jüdischen Gemeinde, der Deutsch-Baltischen Gesellschaft, des Denkmalbeirates und des Stadtparlaments. Zur Finanzierung des Mahnmals sieht der Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion auch das Einwerben von Spenden vor. Zudem hat Metzger bereits an die Einweihung gedacht: Da es in Lettland einen offiziellen Gedenktag der Judenvernichtung am 4. Juli gibt, sollte das Darmstädter Mahnmal an diesem Tag eingeweiht werden. (dm/tf)



Darmstadt- Wixhausen

Fluglärm

Moritz Röder: Interessen der Wixhäuser wurden ernst genommen
Einstimmig: Vorschläge des Ortsbeirates zum Fluglärmschutz beschlossen



Foto: Tina Fischer

Foto: Tina Fischer

Für einen noch besseren Schutz vor Fluglärm, als vom Magistrat erarbeitet, haben der Ortsbeirat Wixhausen und die SPD-Fraktion nun die Weichen gestellt: Moritz Röder, Ortsvorsteher und stellvertretender Sprecher der SPD-Fraktion, brachte zur entsprechenden Vorlage einen Änderungsantrag ein, der weitere Verbesserungen zum Ziel hat. Er passierte das Parlament einstimmig.

Um eine „Verbesserung der Schutzwirkung des Fluglärmschutzgesetzes“ ging es nun im Darmstädter Stadtparlament. Zugegeben: An diesem Gesetz können Kommunalparlamente nicht arbeiten, da es gar nicht in ihre Zuständigkeit fällt. Sie können bloß eines tun, nämlich ihren Magistrat hinaus schicken, nach Berlin, mit dem Arbeitsauftrag, bei der Bundesregierung die Darmstädter Interessen zu vertreten. So

heißt es in der Magistratsvorlage, die zur Abstimmung stand, eben auch: „die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, sich generell im Rahmen der politischen Möglichkeiten für die Umsetzung folgender Forderungen, einzusetzen, um die Fluglärmbelastung im Darmstädter Norden und der Gesamtregion zu verringern“.

Genannt werden neun konkrete Punkte, auf die die Darmstädter drängend sollen: die Ausweitung der Nachtflugbeschränkung auf die Zeit von 22 bis 6 Uhr; die Reduzierung der verspäteten Starts und Landungen; eine weitere Schaffung von Anreizen zum Einsatz lärmärmerer Flugzeuge; keine weitere Ansiedlung von Billigfluggesellschaften am Flughafen Frankfurt; die Optimierung von Abflugverfahren mit Wahl des jeweils lärmärmsten Verfahrens; der

Vorrang des aktiven vor passivem Schallschutz; die Weiterentwicklung der gesetzlichen Regelungen hin zu wirksamerem passivem Schallschutz; die Berücksichtigung aktueller Forschungsergebnisse bei der Überarbeitung gesetzlicher Rahmenbedingungen wie dem Fluglärmschutzgesetz; die vorgeschaltete Beteiligung von betroffenen Bürgern und Bürgerinnen und Kommunen bei aktiven Schallschutzmaßnahmen mit lärmverlagernder Wirkung, die nun bei einer möglichen Verlagerung der Flugroute AMTIX kurz erstmalig angewendet werden soll.





Foto: Tina Fischer

Dem Ortsbeirat Wixhausen ging das nicht weit genug. Er hatte deshalb einstimmig weitere Forderungen formuliert, für die sich der Magistrat stark machen soll. Erstens: Weil nicht nur der Fluglärm schädlich ist für Menschen, sondern auch Feinstaub- und Ultrafeinstaub, wie Röder ausführte, soll eine intensivere Untersuchung dieser Emissionen des Luftverkehrs und ihrer Auswirkungen auf die Gesundheit der Betroffenen stattfinden. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen dann bei rechtlichen Regelungen und dem Verlauf von Flugrouten berücksichtigt werden. Zweitens: „Wo mit Annahmen gearbeitet wird, müssen diese immer wieder an der Realität gemessen werden“, so Röder. Zwei weitere, in der Vorlage bereits genannte Forderungen, hatte der Ortsbeirat Wixhausen noch näher konkretisiert. Hierbei handelte es sich zum Einen um die Reduzierung der verspäteten Starts und Landun-

gen. Der Wixhäuser Ergänzungsvorschlag hierzu lautete: solange das Nachtflugverbot nicht umgesetzt ist. Das wünschen sich nämlich die Wixhäuser, wie Röder betonte. Die zweite Ergänzung betraf die Bürgerbeteiligung. Hierzu hatte der Ortsbeirat vorgeschlagen: aktive Schallschutzmaßnahmen mit lärmverteilerender oder lärmverschiebender Wirkung nur mit einer möglichst früh vorgeschalteten Beteiligung von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern und Kommunen. Die SPD-Fraktion hatten die Vorschläge des Ortsbeirates vollumfänglich unterstützt. Dass dies auch die übrigen Fraktionen tun würden, war nicht zwingend zu erwarten. Denn nicht alles, was aus Wixhausen kommt, und dort einstimmig beschlossen wurde – also auch mit Stimmen und Grünen und CDU – stößt auf Zuspruch von Grünen und CDU

im Stadtparlament. So hatte die Mehrheit etwa den „Plan für die Zukunft Wixhausens“ abgeschmettert. „Als Ortsvorsteher freue ich mich, dass die Interessen unserer Wixhäuser nun von allen Fraktionen ernst genommen wurden“, kommentierte Röder. „Wir haben die Vorlage des Magistrats ja durchaus positiv bewertet, aus unserer Sicht gab es aber noch einige Verbesserungen.“ Dass diese jetzt mit aufgenommen wurden, ist auch eine Form der Bürgerbeteiligung, allerdings eine aus dem Hause der SPD, die traditionell hinter Ortsbeiräten steht und gerne weitere Ortsbeiräte auch in den übrigen Stadtteilen einführen würde. (tf)





Radverkehr
Tim Huß: Das darf es so nicht mehr geben
Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zur Eschollbrücker Straße



Photo: Tina Fischer
Photo: Anne N arquardt

„Achtung, Gefahr“ und „Tempo 30“, diese beiden Schilder bezogen plötzlich Stellung in der Eschollbrücker Straße, im Bereich der Alnatura-Baustelle – einen Tag vor der Stadtverordnetenversammlung. Das war ein Tag nachdem Tim Huß, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, dies in einem Dringlichkeitsantrag gefordert hatte.

So schnell kann es gehen: Noch bevor die Stadtverordnetenversammlung einen Beschluss fassen konnte, hatte der Magistrat bereits gehandelt und die Gefahrenstelle beschildert. Ob aus eigenem Antrieb, oder aufgrund von Huß Antrag, sei dahingestellt. Erledigt hatte sich der Antrag damit jedoch keineswegs. Denn

der Verkehrsexperte hatte darin noch eine zweite Forderung aufgestellt. So verlangte er, eine bauliche Lösung zu erarbeiten und umzusetzen, die die Bedürfnisse des Radverkehrs angemessen berücksichtigt. Der zuständigen Dezernentin zufolge gibt es hierfür allerdings schon eine Planung, „wir können sie dieses Jahr aber nicht mehr umsetzen, aus verschiedenen Gründen.“ Deshalb werde es eine Zwischenlösung geben. Für sie erübrigte sich damit auch dieser Punkt, nicht jedoch für Huß, der eine Abstimmung hierüber forderte. Ergebnis: Die Grün-schwarze Mehrheit lehnte diesen Teil des Antrags ab. Daher wird es wohl, zumindest vorerst, dabei bleiben, dass sich Auto- und Radfahrer im Baustellen-

verkehr eine Fahrspur teilen. Für Huß eine gefährliche Zusammenführung, weil sie das Unfallrisiko deutlich erhöht. „Eine solche Situation, wie wir sie in den vergangenen zwei Jahren in der Eschollbrücker Straße hatten, darf es so in Darmstadt nicht mehr geben“, bekräftigte Huß. (tf)





Saubere Luft

Tim Huß: Es handelt sich erstmal nur um einen Masterplan
SPD-Fraktion stimmte für „Green City Plan“ zur Stickoxid-Reduktion



Foto: Tina Fischer

„Kriegsherr, Reichspräsident und Wegbereiter Hitlers“, dieses neue Zusatzschild für die „Hindenburgstraße“ hatte nun die Linke gefordert. Doch die grün-schwarze Mehrheit im Stadtparlament schmetterte den Antrag ab. Zuvor hatte die SPD-Stadtverordnete Anne Marquardt historische Fakten erläutert, um die Notwendigkeit eines solchen Schildes zu untermauern. Aber die Fakten beeindruckten die Koalition nicht.

Ein Rückblick: Vor einem Jahr wurde die dritte Fortschreibung des Luftreinhalteplans beschlossen. Elektrifizierungsziele für den städtischen Fuhrpark? Fehlanzeige. Ambitionen für Busse? Fehlanzeige. Im Juni brachte die SPD-Fraktion das von ihrem verkehrspolitischen Sprecher, Tim Huß, geschnürte „große Verkehrspaket für saubere Luft“ ein. Hierin forderte Huß

unter anderem, Fuhrpark und Busse auf E-Mobilität umzurüsten. Reaktion: Kopfschütteln, Belächeln, Ablehnen. Gut zwei Monate später findet sich all das im „Green City Plan“ wieder. „All unsere Forderungen sind erfüllt“, kommentierte Huß. Die SPD-Fraktion stimmte diesem Plan deshalb zu. Doch Huß warnte vor zu viel und vor allem zu voreiligem Optimismus.

„Es handelt sich erstmal nur um einen Masterplan und Masterpläne haben wir viele. Umgesetzt ist noch keiner. Wenn man so etwas ernsthaft vorhat, muss man auch das dafür nötige Geld im Haushalt einplanen“, sagte Huß. Er erinnerte zudem an seinen Vorschlag, die ÖPNV-Preise zu senken. „Ein preiswerterer ÖPNV führt zu mehr Nutzung, zu weniger PKW und damit zu besserer Luft“, beharrte er auf seiner Ar-

gumentation, deren Logik sich für Grün-Schwarz im Juni nicht erschloss. Huß Schlussfolgerung wurde damals einfach bestritten. Das sei nicht so, hieß es. Jetzt folgte darauf Schweigen. (tf)



Mieten

Oliver Lott: Das ist mehr als dreist

Baupolitischer Sprecher der SPD-Fraktion kritisierte Mieterhöhungen beim bauverein

„Häuser jahrzehntelang nicht zu renovieren, ja fast schon verrotten zu lassen, und die längst überfällige Instandhaltung als eine von den Mietern gewünschte Modernisierung zu verkaufen, das ist mehr als dreist“, kritisierte Oliver Lott, baupolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, im Rahmen einer „Aktuellen Stunde“ zu den Mieterhöhungen der bauverein AG für die Wohnungen im August-Buxbaum-Ensemble.

Draußen demonstrierende Mieterinnen und Mieter, drinnen debattierende Kommunalpolitiker. Die Sanierung, die als Modernisierung deklariert wurde, hat Folgen. So klagen die Bewohner unter anderem über nicht funktionierende Installationen, vor allem aber über dafür erhobene Mieterhöhungen von 20 bis 25 Prozent. „Wenn es um Instandhaltung ginge, könnten wir die Argumentation der bauverein AG verstehen. Jedoch werden unter dem Deckmantel der Modernisierung längst überfällige Instandhaltungsmaßnahmen auf die Miete umgelegt“, meinte Lott.

Viele fühlen sich damit überfordert, sehen sich gezwun-

gen, auszuziehen. Ist dieser soziale Wohnungsbau noch sozial? Durchaus, meint der bauverein und verweist auf eine Härtefallregelung. Keineswegs, meinte Lott und verwies darauf, dass diese Härtefallregelung als Beweis für soziales Handeln nicht überzeuge. Grund. „Sie erfordert ein Abwägen und ist oft ohne juristischen Beistand nicht machbar.“

Sehr viel stärker wiegt für ihn jedoch, dass auf den Rücken der Mieterinnen und Mieter die Klimaschutzziele der Stadt erreicht werden sollen. „Hier zeigt sich auch die enge Verzahnung der Stadt mit der bauverein AG.“ Auch wenn der Vorstand der bauverein AG nach dem Aktiengesetz frei in seinem Handeln ist, so wird aus Lotts Sicht doch immer wieder die enge Verpflichtung zum größten Anteilseigner der Stadt deutlich. „Wer regelmäßig seinen Haushalt mit den Ausschüttungen der bauverein AG saniert, ist auch für dessen wirtschaftliches Handeln verantwortlich“, betonte der Sozialdemokrat, der an die Rekordausschüttung

in Höhe von 24,9 Millionen Euro erinnerte. „Wir können nicht alles sanieren, günstige Mieten anbieten und hohe Ausschüttungen vornehmen“, pflichtete ihm auch sein Fraktionskollege Tim Huß bei. Der hatte gar die Ausschüttungen der vergangenen Jahre addiert. 76 Millionen waren es. „Wohin soll das mit der bauverein AG gehen? Das ist eine politische Entscheidung“, meinte Huß.

Im Rhön- und Spessarttring lautet die politische Frage, ob die eher schwächeren Mitglieder dieser Gesellschaft ihr letztes Geld für die Klimaschutzziele der Stadt hergeben müssen? Hierzu Lott: „Das erscheint ziemlich zynisch, wenn man bedenkt, dass die Bewohner täglich den Abgasen und dem Lärm des Rhön- und des Spessarttrings ausgesetzt sind, da die grün-schwarze Stadtregierung noch keine Alternative zur Nord-Ost-Umgehung vorgelegt hat.“ Der baupolitische Sprecher appellierte deshalb, von der Mieterhöhung in dieser Höhe abzusehen. (ol/tf)



Foto: Tina Fischer



kurz gefragt & schnell beantwortet



Foto: SPD Darmstadt

Oliver Lott: „Wann wird die Einfachverglasung im Rathaussaal der Bezirksverwaltung Eberstadt ersetzt?“

OB Jochen Partsch: Das Eberstädter Rathaus steht unter Denkmalschutz, dies beinhaltet auch die kompletten Fensterelemente im Rathaussaal. Ein Austausch der Einfachverglasung gegen eine Isolierverglasung ist in den bestehenden Fensterrahmen technisch nicht möglich. Entsprechend müssten die gesamten Fensterelemente denkmalgerecht erneuert werden. Eine energetische Sanierung der Gebäudehülle ist zurzeit nicht geplant. Notwendige Reparaturen werden im Rahmen der Bauunterhaltung durchgeführt. Ein Termin für das Ersetzen der Fenster kann also nicht genannt werden



Foto: SPD Darmstadt

Tim Huß: „Überlegt der Magistrat, dem Vorbild der Stadt Mannheim zu folgen und zur Verbesserung der Luftqualität in der Innenstadt auf eine Handy-App zu setzen, die es ermöglicht, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen, ohne vorher ein Ticket zu kaufen, da immer automatisch das günstigste Angebot abgerechnet wird.“

Dezernentin Barbara Akdeniz: „Die Heag-Mobilo hat das Handy-Ticket beauftragt. Dieses wird voraussichtlich im Frühjahr 2019 verfügbar sein. Im nächsten Schritt wird dann an der sogenannten best-Price-Abrechnung gearbeitet.“





kurz gefragt & schnell beantwortet



Foto: SPD Darmstadt

Brigitte Zypries: „Was waren die ausschlaggebenden Gründe, um eine Kooperation mit DJI einzugehen, um Drohnen für die Feuerwehr ausgiebig zu testen?“

Dezernent Rafael Reißer: „Bei DJI handelt es sich um einen der Sponsoren im Rahmen des Bitkom-Wettbewerbs. Daher wurde dieses Sponsor-Angebot angenommen. Es handelt sich jetzt um eine Drohne, die nun getestet wird, unter anderem in den Fragen Batterielogistik und Aufladung.“

